

Neue

# Freie

Zeitung

Nr. 25 · Donnerstag, 18. Juni 2020

€ 0,80

Österreichische Post AG  
WZ 020302878 W  
Neue Freie Zeitung (NFZ), Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a,  
A-1080 Wien · Tel.: 01 512 35 35 0 · Fax: 01 512 35 359  
Retouren an NFZ, Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien

## Schwarz-grüner Todesstoß für den Flughafen Salzburg

Mit dem Verlust der Anbindung an das einzige österreichische Drehkreuz für internationale Destinationen gehen dem Flughafen Salzburg jährlich 100.000 Fluggäste verloren. „Nutznießer des AUA-Geschäfts ist lediglich der Flughafen München“, kritisiert Salzburgs FPÖ-Chefin Marlene Svazek. **S. 13**



Foto: FPÖ Salzburg

# Glatte Verhöhnung der Österreicher!

FPÖ kontert schwarz-grünem „Krisenverlängerungspaket“ mit dem „Vier-Punkte-Plan“ **S. 2/3**



## Zusammen mit Euch holen wir unsere Freiheit zurück!

FPÖ-Kundgebung gegen den schwarz-grünen „Corona-Wahnsinn“ – **S. 4/5**

### PARLAMENT

#### Keine Almosen!

Während Schwarz-Grün Großkonzernen wie Amazon Millionen-Steuerbesenke macht, soll es für die durch ihre Maßnahmen in die Arbeitslosigkeit gedrängten Österreicher nur ein 450-Euro-Almosen geben, kritisieren die Freiheitlichen. **S. 6**

### AUSSENPOLITIK

#### Illegale strömen in EU

Der Einwanderungsstopp durch die verschärften Grenzkontrollen während der Corona-Pandemie haben den Asylwerberzustrom im März und April gebremst. Seit Mai läuft das Schleppergewerbe wieder auf Hochtouren, warnt die Grenzschutzagentur Frontex. **S. 8/9**

### WIEN

#### Autofreie City?

Eine grün-schwarze Koalition zwischen Stadt und 1. Bezirk will den Autoverkehr zur Gänze aus der Inneren Stadt verbannen. Die FPÖ warnt vor einer Verdrängung der Betriebe aus der Innenstadt und einem Verkehrs-Chaos in den angrenzenden Bezirken. **S. 11**

### MEDIEN

#### Ende des Journalismus

Zwei ehemalige Leitmedien, die „New York Times“ und „Der Spiegel“, verkünden das Ende des Journalismus. Statt Neutralität in der Berichterstattung ist jetzt „Haltungsjournalismus“ gefragt – auch wenn die Leser deswegen diesen Medien den Rücken kehren. **S. 14**



AUS DER  
REDAKTION

Andreas Ruttinger  
andreas.ruttinger@fpoe.at

Es passt zu dieser schwarz-grünen Bundesregierung, dass sie sich für ihre Klausur im Bundeskanzleramt verschant hat, um ja in keinen Kontakt zu den Bürgern zu kommen.

„Message Control“ statt Realitäts-Check. Das ist das „Regierungsprogramm“ von Kurz, Kogler & Konsorten.

## Der Mythos ist geplatzt

Die Meinung der Österreicher – der durch die Maßnahmen der Regierung um ihren Arbeitsplatz oder ihre unternehmerische Existenz gebrachten Bürger – könnte den in der „Corona-Krise“ zelebrierten Unfehlbarkeitsmythos ins Wanken bringen.

Wohl auch deshalb fehlt es an Daten und Fakten zur „Corona-Pandemie“ in Österreich: Wer erkrankte? Wer musste wie lange ins Spital? Wer verstarb an den Folgen der Infektion, am Zusammenspiel dieser mit einer Vorerkrankung oder gar aus einem anderen Grund und war „nur“ mit dem Virus infiziert?

Um das alles drückt sich der Gesundheitsminister herum. Die Journalisten, vor allem diejenigen, die sonst so gerne „Faktenchecks“ produzieren, ziehen ehrfürchtig den Kugelschreiber ein, wenn Herr Anschöber mit bangem Gesichtsausdruck einer „zweiten Welle“ das Wort spricht. Bei Erklärungen der Regierungsmitglieder herrscht eine Andächtigkeit wie früher im Vatikan, wenn der Papst das Wort ergriff.

An dessen Unfehlbarkeit glaubt aber in der Zwischenzeit kaum noch jemand.

Und so wächst die Zahl der zweifelnden Bürger, die den „Corona-Ketzern“ von der FPÖ wieder Gehör, Glaube und ihre (Wähler)Stimmen schenken.

# „Völlig realitäts- und wirts

## Freiheitliche halten der „Husch-Pfusch-Nachbesserungspolitik“ von Sch

Das Motto der schwarz grünen Koalition seit der Inszenierung ihrer „Corona-Krise“ lautet nach wie vor: Warum einfach, wenn es kompliziert geht – und doch nicht hilft. Dem schwarz-grünen „Herumgewurschtle“ hielt FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl den „Vier-Punkte-Plan“ der Freiheitlichen zur Bewältigung der Corona-Krise entgegen.

Das Ergebnis der „schwarz-grünen Krisenklausur“ bezeichnete Kickl als „Herumgewurschtle im wirtschaftspolitischen Bereich“, das die Regierung seit der Ausrufung des Corona-Notstands betreibt: „Neben dem Wortpaar ‚neue Normalität‘ hat für mich in der Zwischenzeit auch schon der Ausdruck ‚nachbessern‘ das Zeug zum Unwort des Jahres.“

### Pfusch mit Nachbesserungen

Als Beispiel nannte er die Mehrwertsteuersenkung im Gastronomiebereich: Erstens müssten sich die Gastronomen diese „Entlastung“ selbst erarbeiten. Dann habe man diese zuerst auf alkoholfreie Getränke reduziert, dann habe man „nachgebessert“ auf alkoholische Getränke und Speisen. „Aber man hat völlig auf die Beherbergungsbetriebe vergessen“, kritisierte Kickl.

Und was habe Kanzler Sebastian Kurz gesagt: „Kaufen Sie, konsumieren Sie und unterstützen Sie die österreichische Wirtschaft!“ – Das Problem sei nur, woher soll der Konsum kommen? „Wir haben mit Stichtag letzten Dienstag 1,7 Millionen Menschen, die von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen sind. Und das sind nicht diejenigen,

die den Binnenkonsum in unserem Land ankurbeln können“, bemerkte Kickl. Zudem werde ja auch der Bundeskanzler nicht müde, permanent mit einer „zweiten Welle des Coronavirus“ zu drohen.

### Schwarz-grüne Vertröstungen

Mit der 450 Euro Einmalzahlung schaffe man zwei Klassen von Arbeitslosen: Die Einen, die das Glück haben, zwischen Juli und September arbeitslos zu sein, und den anderen, die bereits nach dem „Lockdown“ ihren Job verloren haben oder diesen – wie Experten warnen – erst im Herbst verlieren werden, weil die Wirtschaft einfach nicht in die Gänge komme.

Oder die Senkung des Eingangsteuersatzes von 25 Prozent auf 20 Prozent: Das ist gut, ist aber schon in der Vorgängerregierung unter blauer Federführung ausgehandelt worden – und wird jetzt zum gefühlten 25. Mal der österreichischen Bevölkerung verkauft. Auch die Idee der „Negativsteuer“ des Herrn Vizekanzlers Kogler für all diejenigen, die keine Lohnsteuer zahlen, wird die Wirtschaft nicht ankurbeln. Denn diese kann ja erst im kommenden Jahr nach Vorlage der Arbeitnehmerveranlagung ausbezahlt werden.



Während Schwarz-Grün zur Bekämpfung spare, öffne sie in Brüssel die Schleusen

### Effektiver „Vier-Punkte-Plan“

Dem halten die Freiheitlichen ihren klaren und sofort wirksamen „Vier-Punkte-Plan“ entgegen:

Erstens die volle Entschädigung nach dem Epidemiegesetz, das den Unternehmern Klarheit, Planbarkeit und Rechtssicherheit gebe. Die Antragsfrist sollte bis zum Jahresende gestreckt werden, damit diese den entstandenen Schaden entsprechend geltend machen können.

Den Konjunktur-Impuls will die FPÖ mit dem „1.000-Euro-Österreich-Gutschein“ setzen, der in Österreich zu verbrauchen sei, egal ob



SPITZE FEDER Bastis Schutzmasken-Trauma.

**IMPRESSUM** Offenerlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:  
Freiheitlicher Parlamentsklub,  
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien  
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen,  
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;

Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer  
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:  
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien  
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9

E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at  
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at  
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;  
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);  
Auslandsjahresbezug: € 73  
BIC: OPSKATWW  
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450  
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.  
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

# chaftsfremd!“

warz-Grün ihren „Vier-Punkte-Plan“ entgegen



ng der von ihr verursachten „Corona-Krise“ in Österreich knausere und en für den nächsten Umverteilungs-Tsunami, empört sich Herbert Kickl.

beim Wirten, bei einem Reisebüro oder beim Autohändler. „Die Dänen haben das kapiert und kopiert. Dort kriegt jeder, vom Kleinkind bis zum Greis, 1.380 Euro vom Staat“, betonte Kickl.

Als dritten Punkt nannte der FPÖ-Klubobmann die Anhebung von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe bis zum 1. Mai 2021, um zu verhindern, dass eine „so große Gruppe von Betroffenen in die Armut“ abdrifte.

Und als vierte Maßnahme schlug Kickl eine Halbierung der Mehrwertsteuer bis Jahresende vor, was

etwa Deutschland gemacht hat. Die Mehrwertsteuersenkung muss aber an die Konsumenten weitergegeben werden und würde an die zehn bis zwölf Milliarden Euro kosten. „Das hätte aber einen sofortigen positiven Effekt auf die heimische Wirtschaft – und nicht erst irgendwann 2021“, hob Kickl hervor.

Denn das, was die Regierung an Behelfsmaßnahmen zur Behebung der Konjunktur anbiete, sei in Wahrheit nur die Fortsetzung der Verhöhnung von Arbeitnehmern und Unternehmern – die mit dem „Lockdown“ gestartet worden ist.

## KURZ UND BÜNDIG



### Folgen der „Angstpolitik“

Als vollkommen inhaltsleer bezeichnete FPÖ-Wirtschaftssprecher Erwin Angerer (Bild) die Aussagen von ÖVP-Wirtschaftsministerin Schramböck in der ORF-„Pressestunde“. „Einziges Fazit: Die KMU werden weiter im Stich gelassen.“ Die Angstmacherei zeige jetzt ihre Folgen: ein Minus von 7,2 Prozent beim BIP-Wachstum, 11,6 Prozent weniger Exporte und ein Einbruch von 5,8 Prozent beim privaten Konsum. Angekündigte Steuererleichterungen oder diverse Investitionsprämien würden bei weitem nicht reichen.

### Purer Dilettantismus

Die Mehrwertsteuersenkung im Bereich Kultur begünstigt laut Medienberichten vor allem Großkonzerne wie Amazon (geschätzte Steuerersparnis 7,5 Millionen Euro) oder den Karten-Monopolisten Eventim (geschätzte Steuerersparnis 24 Millionen Euro). Auch die Mediaprint würde mit 5 Millionen profitieren. „Das ist Dilettantismus in Reinkultur“, kritisiert FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz (Bild) und passe genau ins Chaos-Management der Bundesregierung bei der Bekämpfung der Folgen der „Corona-Krise“.



### Was tun Post-Manager?

Nach dem Abzug des Bundesheers aus den Verteilzentren der Post warten immer noch 150.000 Pakete auf die Auslieferung. „Was machen die Post-Manager eigentlich hauptberuflich? Mit dem Plus bei Online-Bestellungen und dem damit verbundenen höheren Personalbedarf durch das Zusperrern der Geschäfte zu Beginn der Coronakrise hätte man in der Vorstandsetage durchaus rechnen können. Alles, was danach passiert ist, war eine Bankrotterklärung des hochbezahlten Managements der Post, das in unseren Augen rücktrittsreif ist“, erklärte FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz dazu.



## SPRUCH DER WOCHE



„Es muss attraktiv sein, arbeiten zu gehen. Es gibt Bereiche, wo es sehr schwierig ist, Arbeitskräfte zu finden.“

**Sebastian Kurz**  
16. Juni 2020

Ist der Bundeskanzler schon auf Kandidatensuche für eine neue Regierungsmannschaft?



**BILD DER WOCHE** Der völlig unbefangene U-Ausschuss-Vorsitzende Wolfgang Sobotka (ÖVP) nach der Erklärung, weshalb der U-Ausschuss nicht das Original-„Ibiza-Video“ ansehen wird dürfen.



## „Wir sind das politis

Auf der Seite der Bürger gegen die Verbotskoalition

**A**uf dem Viktor-Adler-Markt, dem ehemaligen Herzen des „roten Wien“, riefen die Wiener Freiheitlichen am vergangenen Dienstag zu einer Kundgebung gegen den „Corona-Wahnsinn“ der schwarz-grünen Bundesregierung. An die 2.000 Sympathisanten folgten dem Aufruf, der für die Wiener FPÖ zugleich ein Probewahlkampf für die Landtagswahl am 11. Oktober war.

In Favoriten, dem 10. Wiener Gemeindebezirk, zeigen sich die Folgen der verfehlten Politik von Schwarz-Grün auf Bundes- und Rot-Grün auf Landesebene dramatisch. Von den rund 207.000 Einwohnern darf nur noch knapp die Hälfte an der Nationalratswahl teilnehmen, hat also die österreichische Staatsbürgerschaft, eine Folge der rot-grünen „Willkommenspolitik“, wie FPÖ-Bezirkschef Stefan Berger kritisiert.

### Brennpunkt Favoriten

Und der Bezirk leidet auch dramatisch unter den Folgen der Maßnahmen der Bundesregierung gegen die „Corona-Pandemie“. Fast ein Viertel der Favoritener ist derzeit auf Arbeitssuche. Da fühlt man sich vom schwarz-grünen „Almosen“ für diese Menschen besonders gefrotzelt. „Die 450 Euro reichen gerade einmal für eine Monatsmiete in einem Gemeindebau“, erläutert Berger.

Und was tut die Wiener Stadtregierung? „Sie setzt alles auf den Klimaschutz, also ‚raus mit den Klimawandern Verkehr und Industrie aus der Stadt‘, kritisiert FPÖ-Landesparteiobmann Dominik Nepp. Als jüngstes Beispiel dafür nennt er den Plan, die Innere Stadt zur ‚autofreien Zone‘ zu machen.

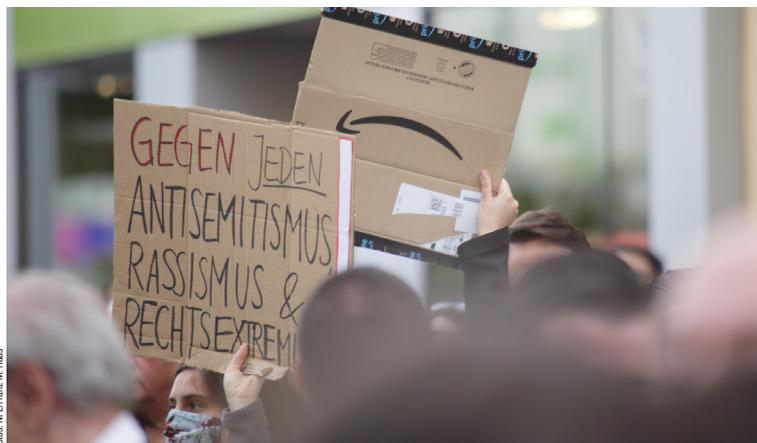
„Wir wollen unser lebenswertes Wien zurück, mit Arbeitsplätzen, leistbaren Wohnungen und unserer Kultur. Dafür stehen wir Freiheitliche. Also denkt daran am 11. Oktober bei der Gemeinderatswahl!“, schloss Nepp unter dem Applaus der Menge seine Rede.

### Missbrauch der Staatsgewalt

FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl nahm in erster Linie die Bundesregierung und seinen Nachfolger im Innenministerium, Karl Nehammer, ins Visier. Dessen einzige Befähigung für das Amt sei das schwarze Parteibuch: „Denn wer es nicht schafft, dass einem IS-Kämpfer



Generalsekretär Michael Schnedlitz im Interview (Bild oben), linke Gegendemonstranten entlarven sich als Amazon-Fans (Bild unten).





# „Die falsche Gegengewicht!“

Wen Schwarzw-Grün im Bund und Rot-Grün in Wien

die Staatsbürgerschaft aberkannt wird, dafür aber während der Corona-Krise Mütter abstrafte, weil sie mit ihren Kindern im Park unterwegs sind, der hat im Innenministerium nichts zu suchen!“

Kickl nahm die Polizisten in Schutz, die in Wien rigoros „Corona-Sünder“ abstrafte. Der Innenminister habe diese zur Machtdemonstration der Koalition missbraucht, da in den Verordnungen wie dem berüchtigten „Ostererlass“ keine der „angeblichen Straftaten“ aufgelistet war: „Schwarz-Grün hat die Bürger für Taten bestraft, die gar keinen Gesetzesverstoß darstellten, weil die Koalition nicht einmal die Gesetze verstanden hat, die sie selbst beschlossen hat“, kritisierte Kickl.

## Die absolut falsche Politik

Zu spät beschlossen, zu lange durchgezogen und jetzt zu feige, um die Fehler zu korrigieren, fasste Bundesparteiobmann Norbert Hofer die Kritik der Freiheitlichen an den „Corona-Maßnahmen“ der Bundesregierung zusammen: „Kurz hat nur auf die Experten gehört, die seinen Drang zur absoluten Macht über Notstandsmaßnahmen unterstützt haben.“

Statt die Infizierten unter Quarantäne zu stellen und die Risikogruppen zu schützen, habe Schwarz-Grün das Land in den Stillstand geführt. Mehr als eine Million Österreicher ist arbeitslos oder in Kurzarbeit, tausende Unternehmer stehen vor dem Ruin, führte Hofer an.

Das alles wäre mit den Freiheitlichen nicht zu machen gewesen, erklärte Hofer: „Es zeigt sich einmal mehr, dass nur wir Freiheitliche unsere demokratischen und gesellschaftlichen Grundwerte ernst nehmen und verteidigen!“



„Bärische Stimmung“ nicht nur bei den FPÖ-Spitzen Herbert Kickl, Dominik Nepp und Norbert Hofer, sondern auch bei den rund 2.000 Besuchern der Kundgebung auf dem Viktor-Adler-Markt in Wien-Favoriten.





HOHES HAUS

Norbert Nemeth  
Klubdirektor der FPÖ

Im Vergleich zu den letzten Monaten schaut die Tagesordnung dieser Plenarwoche „normal“ aus, wie vor der „Corona-Krise“: eine aktuelle Stunde, eine Fragestunde an den Bundeskanzler. Eigentlich hätte die schon nach der Angelo-bung der Regierung stattfinden sollen.

## Scheinbare Normalität

Wie viele Fragen ein Klub in einer Fragestunde stellen darf, wird in der Präsidialkonferenz vereinbart. Dementsprechend darf die FPÖ zwei „Hauptfragen“ einbringen. Diesmal thematisierten wir die Instrumentalisierung von Angst als politisches Mittel, um in Grundrechte einzugreifen, und den Umstand, dass die SMS-Kommunikation zwischen dem Kanzler und dem ehemaligen Vizekanzler dem Ibiza-Untersuchungsausschuss nicht zur Verfügung gestellt wurde.

Mit der Frage bezüglich des Ibiza-Untersuchungsausschusses brachte unser Fraktionsführer den Kanzler sichtlich in Verlegenheit.

Dazu passt die seltsame Entscheidung der Regierungsfractionen, das von einem deutschen Anwalt angebotene „Ibiza-Video“ nicht annehmen zu wollen. Die Begründung, dass es aus einer „rechtswidrigen Quelle“ stamme, sticht nämlich überhaupt nicht. Folgt man dieser Argumentation, wäre der gesamte Ausschuss unzulässig, was vom Verfassungsgerichtshof aber anders entschieden wurde.

In Österreich gilt der Grundsatz der Unbeschränktheit der Beweismittel. Alles, was der Wahrheitsfindung dient, darf in Betracht gezogen werden, also auch das „Ibiza-Video“. Oder hat hier jemand etwas zu verbergen? Die Wiederkehr der parlamentarischen Normalität ist somit nur scheinbar.

## BILDUNGSPOLITIK

### 20 Prozent durchgefallen

Verstimmt zeigte sich der Bildungssprecher der Freiheitlichen im Nationalrat, Hermann Brückl, über die Ergebnisse der heurigen Zentralmatura in Mathematik: „Wenn mehr als 20 Prozent der Maturaarbeiten mit ‚nicht genügend‘ beurteilt werden, beweist das eindeutig das Versagen des Bildungsministeriums im Umgang mit der Corona-Krise!“ Der fehlende Regelunterricht in den letzten Monaten habe natürlich zu diesem Ergebnis beigetragen.



## EUROPAPOLITIK

### Kniefall vor Brüssel

Österreichs Regierung will jetzt doch der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Teilung des „Wiederaufbaufonds“ in Kredite und Zuschüsse zustimmen. Dieser „Architektur“ könne man grundsätzlich zustimmen, erklärte Bundeskanzler Sebastian Kurz im dieswöchigen Hauptausschuss.

# Koalition spendiert 450 Euro Almosen für Arbeitslose

## FPÖ stellte dringlichen Antrag auf Arbeitslosengeld-Erhöhung

**W**ährend Konzerne wie Amazon Steuergeschenke in Millionenhöhe erhalten, sollen die Arbeitslosen mit Minibeträgen abgespeist werden, empört sich die FPÖ.

Für FPÖ-Bundesparteiobmann Norbert Hofer herrscht hier akuter Handlungsbedarf: „Die Nettoersatzrate für die Bezieher von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe muss unverzüglich auf 70 Prozent angehoben werden, und zwar rückwirkend ab 15. März dieses Jahres“

### Koalition der „sozialen Kälte“

Der Freiheitliche Parlamentsklub setzte diese Forderung am Mittwoch auf die Tagesordnung des Nationalrats und brachte einen dringlichen Antrag ein.



Belakowitsch fordert mehr Geld für arbeitslose Opfer der Regierung.

Sozialsprecherin Dagmar Belakowitsch warf Schwarz-Grün soziale Kälte vor. Die Anhebung sei als „finanzieller Ausgleich für die Arbeitsplatzvernichtung durch die

COVID-19-Maßnahmen der Regierung“ zu verstehen, heißt es im Antragstext. Bis zum 1. Mai 2021 soll das erhöhte Arbeitslosengeld ausbezahlt werden.

# Geld für Deutschkurse im „Häfen“

Der freiheitliche Nationalratsabgeordnete Christian Lausch (Bild) hat eine parlamentarische Anfrage zu Deutschkursen eingebracht,



die in Justizanstalten angeboten werden. Immerhin beträgt in den heimischen Haftanstalten der Ausländeranteil schon mehr als 50 Prozent.

Interessant dabei ist, dass Häftlinge für die Kursteilnahme auch noch eine Arbeitsvergütung bekommen, was auch die Zunahme der Teilnehmer erklärt. Die Teilnahme an Deutschkursen gilt wie eine reguläre Arbeit in Anstaltsbetrieben, gleich einer Tätigkeit in der Schlosserei, Tischlerei oder Küche. Und Häftlinge sind gesetzlich verpflichtet, im Zuge des Strafvollzugs Arbeiten zu verrichten.

2015 gab es gerade einmal 608 Teilnehmer, 2016 stieg die Zahl auf 1.102 Teilnehmer und erreichte 2017 den Höchststand mit 1.431 Teilnehmern. In den letzten beiden Jahren gab es leichte Rückgänge auf 1.286 bzw. 1.257 Teilnehmer.

Wer die Kurse abhält und wie viel diese kosten, scheint das Justizministerium nicht zu interessieren. In der Anfragebeantwortung heißt es, dass die Verträge von den Anstaltsleitern abgeschlossen werden und die Eruerung der Höhe der Entlohnungen einen „unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand“ verursachen würde.

# Sobotka ist „Tatortreiniger“ im U-Ausschuss

## FPÖ will beide Versionen des „Ibiza-Videos“ sehen und die „Soko Tape“ auflösen

**A**us dem Ibiza-Untersuchungsausschuss ist nach nur wenigen Tagen eine wahre Abwehrschlacht der ÖVP geworden. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) missbraucht seine Funktion als Vorsitzender massiv und übt sich in umfassender Vernebelung.

„Sobotka agiert wie ein ‚Tatortreiniger‘ und versucht, im Sinne der ÖVP alles zu vertuschen. Angesichts dieses Verhaltens und der zahlreichen bereits bekannten Befangenheitsgründe ist er für die Führung des Ausschusses untauglich und muss den Vorsitz abgeben“, forderte FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl am Dienstag in einer Pressekonferenz. Jüngstes Argument für Sobotkas Abberufung ist seine Weigerung, das Ibiza-Video vom Berliner Anwalt eines der mutmaßlichen Produzenten anzunehmen. „Daher soll der U-Ausschuss den Anwalt einladen – und der kann gleich das Video als Beweis mitbringen. So können wir Sobotkas Blockade umgehen“, schlug Kickl vor. Er forderte auch eine Auflösung der für die polizeilichen Ermittlungen zuständi-

gen „Sonderkommission Tape“ im Bundeskriminalamt.

### Verdächtiger als Informant

Deren Ruf ist nach der Befragung ihres Leiters Andreas Holzer schwerstens ramponiert. Nicht nur, dass man offensichtlich nie versucht hat, das Video von dem Verdächtigen bzw. seinem Anwalt zu erhalten, soll dieser Verdächtige auch jahrelang ein vom Bundeskriminalamt geführter Informant gewesen sein, wie FPÖ-Fraktionsführer Christian Hafenecker weiß. „Es ist doch kaum vorstellbar, dass gerade das Bundeskriminalamt dann nicht in der Lage ist, diesen Mann zu kontaktieren und einzuvernehmen, und ihn nicht einmal fragt, ob er das Video übermitteln kann. Dafür findet man es nach vielen Monaten in einer Steckdose und



Kickl (rechts) und Hafenecker kritisieren Sobotka und SOKO Tape.

SOKO-Chef Holzer feiert das als einen der größten Erfolge seiner Karriere“, schilderte Hafenecker.

### Auch Video mit ÖVP-Politikern?

Was Holzer letzte Woche auf Hafeneckers Fragen ebenfalls eingestehen musste: Es wurden noch weitere Videos gefunden. Und der

Kopf der SOKO wollte nicht ausschließen, dass sich darauf auch führende Personen aus der ÖVP befinden könnten.

„Der schwarze Faden“ – so der Name des freiheitlichen Informationsangebots zum Untersuchungsausschuss auf Twitter und YouTube – wird immer länger.



Herbert Kickl  
Klubobmann

Norbert Hofer  
Bundesparteiobmann

**FPÖ** DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

**ALLIANZ  
GEGEN  
CORONA  
WAHNSINN**

AT • [WWW.CORONAWAHNSINN.AT](http://WWW.CORONAWAHNSINN.AT) • WW

UNTERSCHREIBEN AUCH  
SIE ONLINE UNTER:

[WWW.CORONAWAHNSINN.AT](http://WWW.CORONAWAHNSINN.AT)



Harald Vilimsky

## Schwindelerregende Zahlen aus Brüssel

750 Milliarden Euro soll der „Wiederaufbaufonds“ schwer werden – zusätzlich zu einem EU-Budget von 1,1 Billionen, zusätzlich zu 240 Milliarden aus dem ESM, zusätzlich zu 25 Milliarden von der Europäischen Investitionsbank, zusätzlich zum Kurzarbeitsgeld SURE von bis zu 100 Milliarden und zusätzlich zum Anleihekaufprogramm der EZB von zunächst 750 und dann noch einmal 600 Milliarden. Da kann einem schwindlig werden.

Im Vorschlag der Kommission für den „Wiederaufbaufonds“

sollen 250 Milliarden als Kredite vergeben und somit zurückgezahlt werden – wenn möglich. Die anderen 500 Milliarden sollen verschenkt werden. Doch auch die müssen an die Gläubiger zurückgezahlt werden, bei denen die EU dafür Anleihen aufnehmen will. Die Kommission will, dass das mittels der Einführung von EU-Steuern passiert: Plastiksteuer, Digitalsteuer, CO<sub>2</sub>-Grenzsteuer etwa. Mit diesem Tabubruch bekäme Brüssel mehr Eigenmittel und damit mehr Macht, ja so etwas wie eine „Staatlichkeit“.

Ob diese Steuern kommen, ist ebenso unklar wie deren Ertrag für Brüssel. Was heißt: Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird die Rückzahlung durch höhere EU-Beiträge der Mitglieder erfolgen müssen. Im Klartext: Auch Österreichs Steuerzahler blechen für die Rettung von Schuldnerstaaten, die ihre Finanzen schon lange nicht mehr im Griff haben. Genau das wollen wir nicht.

## Islamisten reklamieren ganzen Stadtteil für sich

Die Sicherheitsbehörden gehen im Duisburger Stadtteil Marxloh nach mehreren Tumulten wieder verstärkt gegen arabische Großfamilien vor. Die wehren sich und schicken jetzt sogar Droh-Mails.

Vor knapp einem Monat wurde der polizeibekanntes Deutsch-Libanese S., ein 18-jähriger Intensivtäter mit 75 Ermittlungsverfahren und Angehöriger einer libanesischen Großfamilie, von der Polizei verhaftet.

Wenige Tage später wird der gesuchte Deutsch-Marokkaner H., ein 18-Jähriger Straftäter, gegen den bereits 42 Ermittlungsverfahren liefen, ebenfalls verhaftet.

Bei beiden Polizeimaßnahmen kam es zu Volksaufläufen ihrer Clans mit bis 200 Menschen, die die Verhaftungen zum Teil mit Gewalt verhindern wollten und jeweils einen Einsatz einer Hundertschaft an Bereitschaftspolizei erforderten.

Nach den Verhaftungen ging bei der Polizei in Duisburg eine Droh-

Mail ein, in der der Stadtteil Marxloh als islamische „No-Go-Area“ für Nicht-Moslems deklariert wurde: „Wir verbieten allen Ungläubigen, unseren Stadtteil zu betreten. Alle Polizisten, Journalisten und auch andere Ungläubige werden wir mit Waffengewalt vertreiben oder töten. Bei uns gilt nur die radikale Scharia. Wir haben uns 2.000 Stück AK-47-Sturmgewehre mit genügend Munition aus der Türkei und Russland beschafft. Allah Akbar, töten alle Ungläubigen!“



Bereitschaftspolizei in Duisburg.

# Frontex: Union soll noch an EU-Außengrenzen

## Der Chef der EU-Grenzschutzagentur übernimmt



Die EU-Grenzschutzagentur Frontex fordert einen Stopp des derzeitigen Asylherinzulassen, sollen nur noch Asylwerber mit begründeter Aussicht auf ein

**I**m Mai sind Asylwerberzahlen nach den Corona-bedingten Grenzkontrollen im April wieder sprunghaft gestiegen. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex warnt vor einem weiteren Asylwerberandrang im Sommer. Frontex-Chef Leggeri greift deshalb die FPÖ-Forderung auf, wonach Asylanträge nur mehr an den EU-Außengrenzen gestellt werden dürfen.

Nach einem deutlichen, Corona-bedingten Rückgang im April ist die Zahl der Migranten Richtung Europäische Union im Mai wieder stark angestiegen. Auf den Hauptmigrationsrouten nach Europa gab es mit fast 4.300 unerlaubten Grenzübertritten fast dreimal so viele wie im April. Dies geht aus dem jüngsten Bericht der in Warschau angesiedelten EU-Grenzschutzagentur Frontex hervor. Im April waren die Zahlen im Zuge der Corona-Pandemie auf ein Rekordtief gesunken.

### 31.000 illegale Grenzübertritte

Insgesamt registrierte Frontex dem Bericht zufolge von Jänner bis Mai 31.600 illegale Grenzübertritte – nur sechs Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Route über die Türkei nach Griechenland war – trotz des milliardenschweren „Flüchtlingsdeals“ der Frau Merkel mit Herrn Erdoğan – bereits wieder die „aktivste Migrationsroute nach Europa“. Hier stellte Frontex im Mai 1.250 irreguläre Grenzübertritte fest, achtmal so viele wie im April. Von Jänner bis Mai wur-

den 12.700 Fälle verzeichnet, 28 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Die meisten Migranten kamen nicht mehr aus dem Bürgerkriegsland Syrien, sondern aus Afghanistan.

Auf der Strecke über das zentrale Mittelmeer – also von Libyen und Tunesien nach Italien und Malta – gab es rund 1.000 unerlaubte



Nur ein Bruchteil der abgewiesenen Asylwerber, weshalb bereits mehr als fünf

# Asylanträge nur an EU-Grenze erlauben!

## FPÖ-Forderung bei der Asylantragstellung



Asyl-Verfahren in der Europäischen Union: Statt Asylwerber in die Union zu lassen, sollen nur noch an der positiven Asylverfahren die EU-Außengrenze passieren dürfen.

Grenzübertritte, ein Anstieg von 40 Prozent gegenüber April. Von Jänner bis Mai erfasste Frontex 5.500 Fälle, fast dreimal so viele wie in der gleichen Periode 2019. Die Migranten stammten vor allem aus Bangladesch, dem Sudan und von der Elfenbeinküste.

Über das westliche Mittelmeer – also von Marokko nach Spanien – kamen laut dem Bericht diesen Mai mehr als 650 Migranten. Das waren fast viermal so viele wie im April. In den ersten fünf Monaten des Jahres wurden hier 3.700 Migranten registriert, weniger als die Hälfte

im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Fast jeder zweite Migrant war Algerier.

Auf der Westbalkanroute – also über Serbien, Kroatien und Slowenien – wurden im Mai mehr als 900 illegale Grenzübertritte verzeichnet, zehnmal mehr als im April. Von Jänner bis Mai gab es mehr als 6.900 Fälle, ein Anstieg von 50 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

### Millionen Illegale in der EU

Denn laut Eurostat erging im Jahr 2018 nur noch in 38 Prozent der in den EU-28 aufgrund einer Berufung oder eines anderen Rechtsmittels angestrebten Verfahren eine positive endgültige Aufenthaltsentscheidung. Und davon war nicht einmal mehr die Hälfte ein Asylstatus, sondern fast zu zwei Dritteln nur ein „subsidiärer Schutzstatus“ oder ein Aufenthaltstitel aus „humanitären Gründen“.

Der Rückgang an positiven Asylbescheiden zog eine gewaltige Zunahme von illegal Aufhältigen in der Europäischen Union nach sich. Nach Schätzungen des auf Migration spezialisierten Pew-Instituts betrug die Zahl der „Einwanderer ohne Erlaubnis“ in Europa bereits 3,9 bis 4,8 Millionen – und das war im Jahr 2017.



Asylwerber wird in die Heimat abgeholt. Millionen Illegale in der EU leben.

## KURZ UND BÜNDIG



### Ungarn beendet Notstand

Wesentlich früher als die „vorbildlich demokratischen“ Regierungen in Berlin oder Paris beendete Ungarns als „Diktator“ gescholtener Viktor Orbán das „Notstandsregime“. Das ungarische Parlament in Budapest hat am Dienstag das Ende des Notstandsgesetzes beschlossen. Es war in der Corona-Pandemie eingeführt worden und hatte der konservativen Regierung von Premierminister Orbán weitreichende Vollmachten zugesichert. Die Abgeordneten in Budapest stimmten mehrheitlich für die Aufhebung des Gesetzes, das von der Opposition in Ungarn, wie auch von vielen EU-Partnern, allen voran Deutschland und Frankreich, scharf kritisiert worden war.

### „Zweite Welle“ in China?

Nachdem die Volksrepublik China über viele Wochen offiziell kaum noch neue Corona-Erkrankungen gemeldet hatte, kam es vergangene Woche auf dem Großmarkt Xinfadi in der chinesischen Hauptstadt zu einem „neuen Ausbruch“, der die Angst vor einer „zweiten Viruswelle“ schürte. Seit Sonntag meldete Peking knapp 100 Neuinfektionen. Wie der chinesische Staatssender CCTV berichtete, verhängten bis heute 29 Nachbarnschaften in der Stadt strenge Ausgangskontrollen. Verschärft wurden auch die Kontrollen für Reisende, die die Stadt verlassen wollen.



## VW-Chef an der Elektromobilität gescheitert

VW-Chef Herbert Diess hat die Konzernstrategie lange und konzerngefährdend in die falsche Richtung gedrängt: Elektromobilität um jeden Preis. Jetzt wurde er deswegen entmachtet.

Seit langem wurde hinter vorgehaltener Hand von einem Machtkampf hinter den Kulissen des größten deutschen Automobilkonzerns gesprochen. Streitpunkt war die einseitige Ausrichtung des Konzerns unter Diess auf Elektromobilität. Mit der fatalen Konsequenz, dass die Werke in Emden und Zwickau, die bisher sehr erfolgreich Autos produziert haben, mit Milliardenaufwand völlig auf die Produktion von Elektroautos umgerüstet wurden. Eine für die Autoindustrie einzigartige Entscheidung.

Kein anderer Auto-Hersteller hat einen solch risikoreichen und vor allem einseitigen Schwenk in der Antriebstechnik eingeschlagen. Sehr zum Unmut des Betriebsrats, dem diese Transformation des Markenkerns Volkswagen hin zur

Elektromobilität auf Batterie-Basis stets nicht ganz geheuer war.

Und sie hatten Recht. Waren es beim Golf VIII technische Qualitätsmängel, die die Auslieferung verhinderten, so waren es beim Elektroauto id.3 Systemmängel in der Elektronik, die der Aufholjagd zu Tesla entgegenstanden. Damit geriet die Existenz-Grundlage des VW Konzerns wie die seiner Belegschaften in Schieflage. Die Alarmglocken läuteten, der mächtige Betriebsrat zog jetzt die Notbremse.



Diess und der Grund des Scheiterns.

### Durchgedrehte Grüne

Die grüne Chaospartei dreht jetzt völlig durch. Nahezu sämtliche Hauptverkehrsrouen in oder durch Wien wurden „rückgebaut“, es wurden sinnlose Radwege neben bestehenden, aber kaum benutzten, errichtet, völlig übertriebene Geschwindigkeitsbeschränkungen und Schikanen beim Parken schädigen die Wirtschaft. Das gehört scheinbar zum Regierungsprogramm. Wer nach Wien fährt, wird dafür bestraft, erzeugt man doch seit Jahren auf der Tangente künstliche Staus. Gegen jede Entlastungsstrecke wird sofort protestiert und geheizt. Wem soll das geplante Fahrverbot in der Wiener Innen-

# LESER AM WORT



stadt nutzen? Die Grünen wollen wirklich das totale Chaos und Individualverkehr nur noch für Parteilobben und jene Konzernchefs, von denen sie sich einen bestens bezahlten „Versorgungsposten“ erhoffen. Das zeigt auch die „Umfärbung“, die jetzt überall stattfindet. Wenn sich die Linken und die Grünen Versorgungsposten zuschieben, so schweigen die Medien. Wie verlogen doch die Politik ist – mit Hilfe der Systemmedien.

**Stephan Pestitschek, Strasshof**

Versammlungsfreiheit und Schutz vor Infektionen gewährleisten. Entschuldigung, aber diese neue heuchlerische Auslegung macht mich nachdenklich bis wütend.

**Alois Neudorfer, Vöcklabruck**

unfehlbare moralische Instanz entspricht in keiner Weise deren magerer geistigen Konsistenz. Wem es an politischer Spannkraft und Resilienz fehlt, den soll man sofort wieder aus dem Parlament schmeißen. Aber das erledigen die Grünen bald in Eigenregie.

**Armin Schütz, Wien**

### TERMINE

**20. Juni** **Sonnwendfeier der FPÖ in Aspach**

**FPÖ**  
Herbert Kickl  
Klubobmann  
Michael Haimbuchner  
Landesklubobmann St.

**EINLADUNG**

**KUNDGEBUNG DER FPÖ-INNVIERTEL MIT HERBERT KICKL & MANFRED HAIMBUCHNER**

**SAMSTAG 20 JUNI** GH Danzer Höhnharter Str. 19 5252 Aspach 18:00 Uhr

**KOMM HIN UND INFORMIERE DICH!**

**WIR FREUEN UNS AUF SURE TATSACHEN!**

**DAS SONNENDREUER**



Foto: Parlamentarische Redaktion Johannes Zinner

### Der „grüne“ Unterschied

Warum wird von Seite des Staates eingegriffen, wenn friedliche Bürger in vorgeschriebener begrenzter Anzahl für ihre Grundrechte einstehen, aber bei diesen „Antirassismus-Demonstranten“ nicht? Laut dem grünen Gesundheitsminister Rudolf Anschober sollen künftig Demonstrationen an Plätzen – möglichst ohne Umzüge, wo sich Menschen zwangsläufig drängen – stattfinden. Man müsse

### „Guter Rassismus“

Da wird ein Österreicher in Südafrika bestialisch ermordet, und niemanden regt es auf. Keine Demonstrationen gegen Rassismus in Österreich. Aber wehe, ein „Andersfärbiger“ kommt ums Leben, da wird gleich die Keule ausgepackt und die „Antifa“ ruft zum Protest auf. Es ist traurig, dass nicht alle Menschen gleich viel wert sind!

**J.G. Ehrenreich, Wien**

### Grüne Supermoral

Nun ist also der Koalitionsfrieden in Tirol wieder hergestellt. Das als Feminismus getarnte, komplex-beladene Amazonentum der Grünen vorerst befriedigt. Damit machen es sich die Grünen, aber auch der sehr geschätzte ÖVP-Landeshauptmann leicht. Es zeugt natürlich von Rückgrat, sich nicht der Impertinenz der Amazonas zu beugen und sich niemanden willkürlich aus der Regierung schießen zu lassen, wie Herr Platter das ausdrückt. Die Selbstherrlichkeit, die Selbstverliebtheit und die Selbstüberhöhung der Grünen als



Foto: nzz

### „Krone“-Konjunktive

Könnte, sollte, würde, dürfte. Ein Konjunktiv jagt den anderen. Beim Anpatzen und bei Schuldzuweisungen in Richtung FPÖ ist die „KRONE“ ein wahrer Meister des „Journalismus“. Ohne echte Beweise verliert man sich schon schnell einmal in die Wahrscheinlichkeiten. Würden sämtliche Verfehlungen von ÖVP-Politikern Konsequenzen nach sich ziehen, dann könnten viele von ihnen gesiebte Luft atmen. Sollte man die derzeitige Regierung unter Kanzler Kurz für ihre Corona-Lüge zur Verantwortung ziehen, dürfte sie bald der Vergangenheit angehören!

**Cora Katzenberger, Puchenu**

Leserbriefe: [redaktion.nfz@fpoe.at](mailto:redaktion.nfz@fpoe.at)

### 2. Juli Start Donaustädter Sommergespräche

**DONAUSTÄDTER Sommergespräche 2020**

Juli und August, immer am Donnerstag von 19 bis 21 Uhr, GH Goldener Hirsch, Hirschatzner Straße 83, 1220 Wien.

- Do 2.7. NAbg. Dr. Martin GRAF, Bezirksparteioobmann  
NAbg. MMag. Dr. Axel KASEGGER,  
LAbg. Dr. Alfred WANSCH,  
LAbg. Angela SCHÜTZ
- Do 9.7. Komm. Rat Paul STADLER, Bezirksvorsteher Simmering
- Do 16.7. Generalsekretär NAbg. Michael SCHNEDLITZ
- Do 23.7. KO LAbg. Mario KUNASEK, BM a.D., LPO Steiermark
- Do 30.7. Stadtrat Maximilian KRAUSS

Moderation: LAbg. GR Angela Schütz. **Anmeldung bitte unter:** [angela.schuets@fpoe.at](mailto:angela.schuets@fpoe.at)

Die Mannschaft der Donaustädter Freiheitlichen freut sich auf Dein/Ihr Kommen!

NAbg. Dr. Martin Graf  
Bezirksparteioobmann  
KO LAbg. Toni Mahdalik  
geschäftsführender Bezirksparteioobmann

**Wir weisen Sie darauf hin, dass auf diesen Veranstaltungen gefilmt und fotografiert wird.**

Aufnahmen werden im Anschluss an die Publikation der FPÖ-Chronik veröffentlicht und im Internet publiziert oder auf der Homepage der Veranstalter und in sozialen Medien und Facebook über das Netz zu den Lesern veröffentlicht. Wir sind bestrebt, die Datenverarbeitung zu den Veranstaltungen und die Verarbeitung der Aufnahmen von Ihnen zu vermeiden und zu verhindern. Sämtliche Tätigkeiten liegen bei der FPÖ.

Es wird auf die von der FPÖ-Verwaltung und der FPÖ-Verwaltung, die die Veranstaltungen organisieren, keine Haftung übernommen. Die FPÖ-Verwaltung, die die Veranstaltungen organisieren, ist nicht für die Haftung der Veranstalter, die die Veranstaltungen organisieren, haftbar gemacht. Die FPÖ-Verwaltung, die die Veranstaltungen organisieren, ist nicht für die Haftung der Veranstalter, die die Veranstaltungen organisieren, haftbar gemacht.

**fPÖWienDonaustädter**  
**fPÖWienDonaustädter**  
**fPÖWienDonaustädter**

[donaustaedter.fpo-wien.at](http://donaustaedter.fpo-wien.at)

Impressum: Herausgeber, Medieninhaber: FPÖ Donaustädter, Konstanzenstraße 31, 1220 Wien

Neue **Freie** Zeitung

## BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien  
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9  
E-Mail: [jana.feilmayr@fpoe.at](mailto:jana.feilmayr@fpoe.at)

**Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):**

Halbjahrespreis € 15,-       Jahrespreis € 30,-       Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-  
 Auslandsjahresbezug € 73,-       Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450  
Bestellungen auch per E-Mail: [jana.feilmayr@fpoe.at](mailto:jana.feilmayr@fpoe.at)

Name: \_\_\_\_\_ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe\*: \_\_\_\_\_  
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: \_\_\_\_\_  
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: \_\_\_\_\_ Geburtsdatum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt\*\*.

\* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.  
\*\* Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

# WIEN



## Grünes Schwachsinn-Virus befällt jetzt auch die ÖVP!

### Schwarz-Grün setzt Wirtschaftstreibenden das Messer an den Hals

**W**ährend in ganz Europa die Corona-Verbote aufgehoben und die Bürger wieder in die Freiheit „entlassen“ werden, macht Schwarz-Grün in Wien das Gegenteil: Die Innere Stadt soll bald autofrei sein – und damit auch bald unternehmensfrei!

„Nach dem Corona-bedingten Ausfall von Touristen versetzen ÖVP und Grüne vielen Wirtschaftstreibenden in der Innenstadt endgültig den Todesstoß, wenn sie mit dem Autoverbot jetzt auch die Wiener aus der Stadt sperren wollen“, empörte sich Wiens FPÖ-Chef Dominik Nepp über die schwarz-grüne Mausehelei zur „autofreien Zone Innere Stadt“. Dass die SPÖ hier einmal mehr von der Grünen Verkehrsstadträtin Birgit Hebein vor vollendete Tatsachen gestellt werde, sei eine Blamage und Selbstaufgabe der Bürgermeisterpartei, betonte Nepp.



Nepp kritisiert den konzeptlosen Schwachsinn „autofrei Zone“.

#### Hirnloses „Inselkonzept“

„Man kann doch nicht ernsthaft erwarten, dass sich alle Besucher, Bewohner, Angestellte, Arbeiter sowie ausnahmslos alle Touristen ausschließlich zu Fuß oder mit dem Fahrrad in unserem Bezirk bewegen“, kritisierte der FPÖ-Klubobmann Innere Stadt, Markus Platt. Befinden sich doch insgesamt 770 Restaurants sowie 200 Kaffeehäuser alleine im 1. Bezirk.

Er kritisierte zudem, dass die angrenzenden Bezirke bei der Erstellung dieses „Verkehrskonzepts“ gar nicht mit einbezogen worden seien. „So macht das keinen Sinn und wird daher auch auf Dauer nicht funktionieren, denn es wurde weder an ein Garagen- noch an ein Lieferkonzept gedacht“, kritisierte Platt, dass sich die „Wirtschaftspartei ÖVP“ für diesen ökonomischen Schwachsinn hergebe.

#### WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Ich besuche auf der Schmelz gern den Garten eines bekannten Ehepaars. Diese Woche hab ich's wieder einmal getan, und ich habe mich dabei eines schweren Vergehens schuldig gemacht.

#### Wir sind nicht mehr

Das Paar hat nämlich einen elf-jährigen Sohn. Und gleichzeitig mit mir war dessen gleichaltriger Freund da. Und grad, wie ich gekommen bin, haben alle viere einen Kanon geprobt: Oh, wie wohl ist mir am Abend...

Eine Weile hab ich mitgesungen, dann hab ich einen anderen Kanon vorgeschlagen. Und zwar in F-Dur, zuerst ein genialer Dreiklang, dann ein Leitton: „c-a-f-f-e-e- trink nicht so viel Kaffee. Sei doch kein Muselman, der das nicht lassen kann.“ Das Liedchen, ich erinnere mich, ist von Carl Gottlieb Hering, der hat von 1766 bis 1853 gelebt, und von ihm ist auch „Hopp, hopp, hopp, Pferdchen lauf Galopp.“

Nach fünf Minuten kam vom Nachbargarten ein Ruf: „I tät des Liad liawa ned singa.“

Wir waren verblüfft. Und dann ist uns eingefallen, dass ja letzte Woche kein Fronleichnamsumzug stattfinden durfte. Weil wir doch in einem christlichen Land leben.

Und da Hering seinerzeit – eh klar – ein bekannter Rechtsextremist war, haben wir den fremdenfeindlichen Kanon – abgesungen.

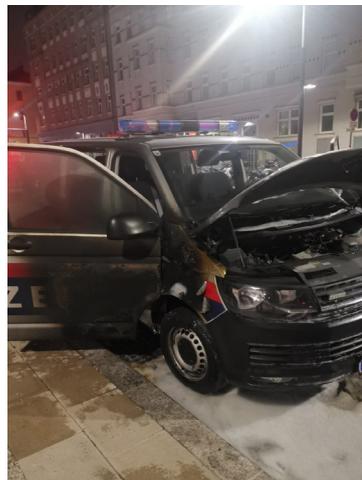
## Anschläge auf Polizei nach Demonstration

Klare Worte fand der Obmann der FPÖ Favoriten, Stefan Berger, zu den jetzt bekannt gewordenen Beschädigungen von Polizei-Infrastruktur in Wien-Favoriten: „Diese Attacken sind eine neue Dimension der Aggression gegen die Polizei durch linke Randalierer!“

Diese Bilder hätten nur durch Zufall den Weg in die Öffentlichkeit gefunden, die Taten sollten offensichtlich vertuscht werden, kritisierte Berger. Denn die Attacken wurden bereits vor einer Woche im Rahmen der „Anti-Rassismus-Demo“ begangen. „Vandalismus am Polizeikommissariat Favoriten sowie an einem Polizei-Fahrzeug zeigen, dass hier entschlossenes Han-

deln gefordert ist. Es kann nicht sein, dass linke Gewalttäter die Unruhen in den USA zum Anlass nehmen, diese Gewalttätigkeiten, die überhaupt nichts mit Protest gegen Rassismus zu tun haben, nach Wien zu importieren und hier auszutragen“, stellt Berger klar.

Seit Jahren gebe es in Favoriten Vandalismus-Probleme, bei denen Parolen der linken Szene auf Fassaden gesprüht werden („EKH bleibt“). Berger riet der Polizei, einmal im „Ernst-Kirchweiger-Haus“ (EKH) „Nachschau“ zu halten, das nach wie vor von der linken bis autonomen Szene besetzt und von der Stadt Wien gefördert und subventioniert wird.



„Nebenwirkung“ der „Anti-Rassismus-Demonstration“ in Wien.

OBERÖSTERREICH 

**Schärferes Asylrecht**

Anfang Juni wurde ein afghanischer Asylwerber wegen eines Doppelmordes in erster Instanz zur Höchststrafe verurteilt. Der Asylantrag des Verurteilten wurde bereits im Vorfeld erstinstanzlich abgewiesen. FPÖ-Klubobmann Herwig Kündigt kündigte deshalb eine Resolution an die Bundesregierung zur Verschärfung des Asylrechts an. Neben einer strengen Migrationspolitik wird darin ein eigenes Eil-Asylverfahren gefordert, mit dem der Rechtszug bei kriminell auffällig gewordenen Asylwerbern beschleunigt werden soll.

BURGENLAND 

**Oppositions-Schwächung**

Der Landespartei sekretär der FPÖ Burgenland, Christian Ries, kritisiert die geplante Änderung der Landesverfassung und der Geschäftsordnung des Landtages: „Die vorgelegte Fassung zur Änderung der Geschäftsordnung schwächt die handwerklichen Kontrollmöglichkeiten der Opposition und wird von uns daher abgelehnt!“



Christian Ries

STEIERMARK 

**Skandalöse Entgleisung**

Wie der Ring Freiheitlicher Jugend Steiermark aufdecken konnte, diffamierte die Kommunistische Jugend Steiermark in einem Facebook-Posting Polizisten kollektiv als Mörder. Das unfassbare Posting vom 30. Mai 2020 wurde mit dem Spruch „A.C.A.B.“ – auf deutsch: Alle Polizisten sind Bastarde – eingeleitet. Besonders erschreckend ist der dreiste Text der KJÖ in Anbetracht der Tatsache, dass ihre Mutterpartei im Landtag der Steiermark und sogar im Stadtrat von Graz vertreten ist. Der steirische Nationalratsabgeordnete Hannes Amesbauer kündigte an, die unfassbare Entgleisung der KJÖ in einer parlamentarischen Anfrage an den Innenminister zu thematisieren: „Wir Freiheitliche stellen uns vor unsere Polizei. Die skandalösen Anwürfe linkslinker Chaoten bedürfen einer unmissverständlichen Klarstellung.“

**Freiheitliche initiieren Notruf für Opfer der „Corona-Maßnahmen“**

Steirische FPÖ arbeitet Gesundheitsfolgen der „Corona-Krise“ auf

STEIERMARK 

**F**reiheitliche initiieren ein Info-Service für steirische Patienten, die infolge verschobener Behandlungen und Operationen zu Schaden gekommen sind.

Nachdem die steirische Gesundheitslandesrätin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) eine Anfrage zum „Behandlungsrückstau in steirischen Krankenanstalten“ nicht beantworten konnte/wollte, meldeten sich betroffene Menschen beim Gesundheitssprecher der FPÖ, Marco Triller und berichteten über tragische Schicksale.

**Hilfe für Opfer**

Aufgrund tausender österreichweit in den letzten Monaten abgesetzter Operationen ist davon auszugehen, dass es sich bei den der FPÖ bekannten Fällen nur um die Spitze des Eisbergs handelt. „Deshalb ist es aus freiheitlicher Sicht jedenfalls notwendig, gezielt po-

Wir geben jedem Opfer eine Stimme:

**HELPLINE für OPFER der Corona-Maßnahmen**

Aufgrund der Reaktion der Bundes- und Landesregierung auf das Coronavirus wurden in den steirischen Krankenanstalten tausende Behandlungen und Operationen verschoben. Die Folgen dieser Maßnahmen waren in vielen Fällen gravierend.

Wenn Sie oder ein Angehöriger aufgrund einer verschobenen Operation oder Behandlung zu Schaden gekommen sind, melden Sie sich unter der kostenlosen Hotline:

**0800-65 66 06**

oder per E-Mail unter: [kontakt@opfer-stimme.at](mailto:kontakt@opfer-stimme.at)

Nach Erstprüfung des Falles ermöglichen wir Ihnen eine kostenlose rechtliche Erstberatung durch einen Rechtsanwalt.

Eine Initiative der FPÖ-Steiermark - Hans-Sachs-Gasse 10 - 8010 Graz




Die FPÖ gibt den Opfern der „Corona-Krise“ eine Stimme.

tentielle Opfer aufzurufen, sich zu melden, um eine vollständige Aufarbeitung der Ereignisse sicherzustellen“, erklärte Triller die Aktion der Freiheitlichen.

An die kostenlose Service-Nummer können sich all jene wenden,

die selbst oder deren Angehörige aufgrund einer verschobenen Operation bzw. Behandlung zu Schaden gekommen sind. Die übermittelten Informationen werden gemäß der Datenschutzgrundverordnung absolut vertraulich behandelt.

KÄRNTEN 

**FPÖ bringt Kammer auf Kurs**

In der von der Freiheitlichen und Unabhängigen Bauernschaft geforderten außerordentlichen Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Kärnten vergangene Woche wurden deren Initiativen für die krisengebeutelte Landwirtschaft endlich Rechnung getragen. „Der ÖVP-Bauernbund hat seine

Blockadehaltung aufgegeben und unseren Anträgen betreffend der Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge für die ersten zwei Quartale dieses Jahres in Folge der Corona-Krise und dem sofortigen Importstopp von ausländischem Billigholz letztlich zugestimmt“, zeigte sich der freiheitliche Landwirtschaftskammer-Vizepräsident Manfred Muhr erfreut.

Für Landesparteiobmann Gernot Darmann ist es erfreulich, dass zumindest der schwarze Bauernbund die nunmehr beschlossenen FPÖ-Forderungen an die Bundesregierung als richtige Hilfsmaßnahmen für die heimische Bauernschaft angenommen hat: „Wir haben im Kärntner Landtag ähnlich lautende Initiativen gesetzt, um den Druck auf die Bundesregierung in dieser Sache weiter zu erhöhen. Im Nationalrat wurden die Initiativen aber von ÖVP und Grünen aus nicht nachvollziehbaren Gründen bisher stets abgelehnt.“



Darmann: FPÖ macht sich in der Kammer für die Bauern stark.

TIROL 



**„Beratungssumpf“ trockenlegen**

Kritisch äußerte sich der Tiroler FPÖ-Landesparteiobmann Markus Abwerzger zum Prüfbericht des Landesrechnungshofes zur externen Vergabe von Beraterverträgen seitens des Landes Tirol: „Das Land Tirol vergibt Aufgaben an externe Berater und Agenturen, doch die Höhe der Kosten ist bisher nie aufgelistet worden. De facto hat die Tiroler ÖVP hier einen millionenschweren Beratungssumpf geschaffen, der vollkommen intransparent ist.“ Es müsse endlich Schluss damit sein, dass dabei der Landtag einfach umgangen oder übergangen werde, forderte Abwerzger.

SALZBURG 

Die FPÖ befürchtet gähnende Leere am Flughafen Salzburg wegen der geplanten Streichung des Anschlusses an den Flughafen Schwechat.

# Schwarz-grüner Todesstoß für den Flughafen Salzburg

Salzburg wird für die AUA geopfert, in München knallen die Sektkorken

**D**urch den Wegfall der Verbindung Salzburg–Wien steigen Reisende auf grenznahe Ausweichflughäfen um. Ein Super-Gau für die Salzburger Wirtschaft.

Mit dem Verlust der Anbindung an Schwechat für internationale Destinationen gehen dem Airport Salzburg jährlich 100.000 Fluggäste verloren. Das entspricht etwa fünf Prozent der Gesamtpassagierzahl. „Kein Mensch fliegt mit dem Flugzeug zum Sightseeing nach Wien“, rechtfertigt FPÖ-Klubobfrau Marlene Svazek den Kurzstreckenflug, „lediglich ein Bruch-

teil hatte die Bundeshauptstadt als Endziel. Nutznießer des AUA-Rettungsdeals ist der Flughafen München, der sich über hunderttausende Neukunden aus Österreich und dem südbayerischen Raum freuen darf. Dort knallen bereits die Sektkorken.“ Svazek führte aus, dass nicht nur zahlreiche Arbeitsplätze am Flughafen direkt betroffen sind, sondern die Attraktivität Salzburgs als Tourismus-Hochburg stark in Mitleidenschaft gezogen wird.

## ÖVP auf Anti-Wirtschaftskurs

Unverständlich auch das Verhalten der Salzburger ÖVP. Noch in

der Landtagssitzung Ende Mai unterstrich ÖVP-Landevize Christian Stöckl auf FPÖ-Anfrage die Wichtigkeit des Regionallughafens und die Notwendigkeit der Kurzstreckenflüge. „Wieder nichts als leere Worte von der Volkspartei. Wirtschaftliche Interessen mussten grünen Umweltphantasien weichen“, betonte Svazek, die befürchtet, dass die Grünen ihr koalitionsartiges Druckmittel gegen Kanzler Kurz eiskalt ausnützen. Denn nach Rot-Schwarz und Schwarz-Blau kann sich die ÖVP eine weitere vorzeitige Auflösung einer Koalition nicht leisten. Zum Schaden von Österreich.

## Integrationskonzept Neu

Die Integration von Einwanderern ist für Oberösterreichs FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr in vielen Bereichen gescheitert. Das zeige sich einmal mehr in der hohen Anzahl von 2.240 abgelehnten Ansuchen auf Wohnbeihilfe aufgrund sprachlicher und beruflicher Defizite alleine in den letzten beiden Jahren.

„Wir fordern daher vom zuständigen Landesrat ein maßgeschneidertes Integrationskonzept für jene Personen, die sich trotz jahrelangem Aufenthalt in unserem Land nicht ansatzweise integriert haben.

Wir dulden in unserer Heimat keine Parallelgesellschaften“, begründet Klubobmann Mahr einen FPÖ-Antrag an den grünen Integrationslandesrat Stefan Kaineder. Diese Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte müssten schleunigst aufgeholt werden.

Bürger aus EU-Drittstaaten müssen seit 2018 für den Bezug von Wohnbeihilfe mindestens fünf Jahre in Österreich gelebt haben und Deutschkenntnisse sowie für 54 Monate Einkünfte aus Erwerbstätigkeit vorweisen können.

## OBERÖSTERREICH



Mahr: Integrationskonzept soll Parallelgesellschaften verhindern.



LÄNDERSACHE

Marlene Svazek  
FPÖ-Landesparteiobfrau Salzburg

Furcht ist die Reaktion eines Organismus auf eine reale und gegenwärtige Gefahr. Mehr im Bereich der Fiktion angesiedelt ist ein mit ihr eng verwandter Begriff: die als bedrohlich empfundene Situation des Unfassbaren. So in etwa definiert der Sprachgebrauch nämlich das Wort „Angst“.

## Psychospiele

Aber auch wenn sie nicht real begründet ist, so darf sie dennoch nicht unterschätzt werden. Denn sie ist immerhin die Ursache eines inzwischen weit verbreiteten Massenphänomens. Jener Stress-Situation, die oft mit körperlichen, psychischen oder gar kognitiven Einschränkungen verbunden ist, der sogenannten Panik.

Laut Massenpsychologie neigt der Einzelne in besonders unbegreiflichen Situationen dazu, sich der Masse vollkommen zu unterwerfen und sein persönlich-erprobtes Verantwortungsgefühl einer offiziell „höheren“ Macht abzugeben: einer Regierung oder anderen Autorität. Eine menschliche Reaktion auf scheinbaren Kontrollverlust. Darüber hinaus neigen viele von uns sogar zu normverletzenden oder irrationalen Verhaltensweisen, angefangen von Hamsterkäufen bis hin zur Blockwart-Mentalität.

Und irgendwann gewöhnen wir uns an den Komfort der Eigenverantwortungslosigkeit. Und vergessen sogar, wovor wir Angst haben. Oder vor wem wir uns eigentlich fürchten sollten. Und entwickeln schlimmstenfalls sogar eine Zuneigung. Zu demjenigen, der uns demütigt, peinigt und unterdrückt. In der Individualpsychologie spricht man dann vom „Stockholm-Syndrom“. Und in der Politik ist es der Beginn einer Diktatur.

GEZWITSCHER



Don Alphonso

@\_donalphonso



Wenn die Heldengeschichten der Retter enden, kommt die hässliche Realität der Schlepper: In Italien wird gegen Menschenschmuggler ermittelt, deren weibliche Opfer 2017 an Bord der Aquarius waren.

12. Juni 2020 11:11

Der Beitrag der gutmenschlichen „Seenot-Retter“ zur Zwangsprostitution in Europa – oder die Dummheit der Supermoralisten.

Claus Pándi

@Claus\_Pandi



Fazit: Qualität des Regierungsteams von Bundeskanzler @sebastiankurz war bereits vor Pandemie und folgender Wirtschaftskrise fragwürdig. In der Krise entwickelt sich das zu einem ersten Problem für die Republik. Wenn Verantwortungsbewusstsein: rasche Umbildung alternativlos.

11. Juni 2020 16:19

Ist der schwarz-grüne Jubelherold der „Krone“ aufgewacht?

TELEGRAM



Advertisement for FPÖ with text: "Wenn Österreicher Opfer von Gewalt durch Asylwerber werden, dann gibt es keine Demonstrationen." and a "Demo" sign with a red slash through it.

GEFÄLLT MIR



Norbert Hofer



15. Juni 2020

Im heutigen Puls4 Sommergespräch habe ich erklärt warum ich glaube, dass es nächstes Jahr mit der schwarz-Grünen Regierung vorbei ist.



HEUTE AT "Nächstes Jahr ist es mit der Regierung vorbei" FPÖ-Chef Norbert Hofer attestiert bei den Puls24-Sommergesprächen...

1.705 Personen gefällt das.

Der FPÖ-Bundesparteiobmann sieht – wie die meisten Österreicher – die Koalition „zerbröseln“.

„New York Times“ und „Spiegel“ verkünden Ende des Journalismus

Wenn nicht mehr Fakten im Vordergrund stehen, sondern Ideologien

War es früher Aufgabe des Journalismus, das einfache Schwarz-Weiss/Gut-Böse-Schema aufzubrechen, so gibt er jetzt das „richtige Schema“ vor.

Seit der Masseneinwanderung 2015 haben sich immer mehr Medien von der Neutralität des Journalismus, der Orientierung an Fakten und Recherche verabschiedet.

Journalismus als „Religion“

Die „New York Times“ hat den Leiter des Meinungsressorts gefeuert, weil dieser es gewagt hat, einen Senator zu Wort kommen zu lassen, der die Krawalle und Plünderungen der angeblichen „Antirassismus-Demos“ kritisierte.

Das ehemalige Flaggschiff des deutschen Journalismus, „Der Spiegel“, jubelt darüber: „Der Neutralitätsjournalismus, der scheinbar



Zwei Medien, die Journalismus als „Religion“ verstehen.

von einer ‚Position aus dem Niemandsland‘ kommt, wie es der New Yorker Medienforscher Jay Rosen bezeichnete, wirkt heute nicht nur uninteressant und unaufrecht. Er versagt vor allem in seinem Auftrag als ‚vierte Gewalt‘.

Nur, gibt es diese vierte Gewalt überhaupt noch? In Deutschland und Österreich haben sich die Medien mit der Regierung verbündet, in den USA mit den Demokraten,

die politisch gegen Präsident Donald Trump keinen Fuß auf den Boden bringen.

Statt vorgetäuschter Objektivität brauche moderner Journalismus in diesen Krisenzeiten klare moralische Ansagen, verkündete die „NYT“ ihre neue Ausrichtung, der „Spiegel“ jubelt. Damit schlagen sich die beiden Medien auf eine Seite mit dem „Islamischen Staat“: Religion/Moral schlägt Vernunft.

FPÖ IN DEN MEDIEN

FPÖ-Bundesparteiobmann Norbert Hofer wird in den Medien als Trendsetter gehandelt. So berichtet die Gratiszeitung „Heute“, dass der FPÖ-Chef zum „Sommergespräch“ des Privatsenders „Puls 4“ mit „Bart und Sneakers“ auftauchte. Hauptthemen des Gesprächs

Small article snippet: „Ibiza war Volltreffer in FPÖ-Kommandozentrale“

waren natürlich „Ibiza“ und der „Corona-Wahnsinn“ und der Folgerung Hofers anhand des aktuellen Klimawandels in der Koalition: „Man ist vom Honeymoon in die Krise geschlittert. Ich glaube, im nächsten Jahr ist es vorbei.“

Die steirischen Freiheitlichen stehen bei der Gemeinderatswahl vor einer schwierigen Aufgabe, steht doch als Messlatte das Rekordergebnis

Oststeiermark



Die FPÖ will Bürgermeister stellen

von 2015 im Raum. Aber man geht optimistisch in die Wahl, haben sich doch – wie die „Kleine Zeitung“ berichtet – die freiheitlichen Lokalpolitiker großteils bestens bewährt. In 18 Gemeinden rechnet sich die FPÖ Chancen auf den Bürgermeister aus, wie in Vorau, wo Anton Kogler derzeit Vizebürgermeister ist.

Was hat der ORF doch quer auf allen Radio- und TV-Kanälen in den letzten Wochen gegen jede Form von Diskriminierung gewettert. Aber betrifft das einen Österreicher, ist das nur mehr höchstens eine Kurzmeldung wert.

Da machen sich Somalis und Äthioper über einen Wiener mit Down-Syndrom lustig und schlagen ihn brutal zusammen. Nur eine Kurzmeldung. Und noch ein Unterschied der dem ORF-Landesstudio Wien nicht auffiel: Der behinderte Wiener arbeitet, er räumt den Mist auf der Partymeile am Donaukanal weg; die „bunten Gäste“ werden jedoch von der Wiener „Diversitäts-Stadtregierung“ ausgehalten.



GISBÄRS TV-NOTIZ

Aber die Autofahrer-Schikanen der rot-grünen Stadtregierung werden gleich in zwei Berichten hochgelobt, die „Autofreie Zone Innenstadt“ und die Einweihung von zwei neuen Wohnstraßen im 15. Bezirk.

Damit letztere von den Autofahrern und vor allem den Anrainern auch wahrgenommen werden, sollen

bunte Blumen auf die Fahrbahn gemalt werden. Vor allem die Anrainer haben die „Wohnstraßen“ noch nicht als ihren „Aufenthaltsraum“ entdeckt, beklagt die Leiterin des Projekts „space and place“. Jaja, diese ignoranten Grätzlbewohner! Die trinken ihren Kaffee lieber in der Wohnung als auf der Straße.

„Von den Außenbezirken bis in die City, dem Autoverkehr wird bei uns eben der Kampf angesagt“, verkündet der Moderator stolz die grüne Parole.

Wie so Betriebe funktionieren und Arbeitsplätze halten sollen, findet bei den grünen Herolden weder space noch place.

Und dafür zahle ich GIS?

# Kritiken sind keine Urteile

## Der Hunger nach Darbietungen

Zweifellos herrscht momentan ein gewisser Hunger nach Konzerten und Theateraufführungen. Und da ist oft der Appetit so groß, dass man als Publikum bei der kleinsten Darbietung, und sei sie noch so schlecht, nachsichtig wird. Hauptsache, man hat was gesehen und gehört.

Mir fällt dabei das unlängst stattgefunden habende Konzert des jungen Geigers Emmanuel Tjeknavorian ein. Er spielte im Musikverein vor den wenigen erlaubten Gästen Camille Saint-Saens' „Karneval der Tiere“, wobei in seiner Interpretation keine sich menschenähnlich verhaltenden Tiere, sondern,

umgekehrt, Menschen vorkommen, die sich wie Tiere verhalten. Was ja im jämmerlichen Sinn oft nichts Neues ist. Und die Kritik ist begeistert.

Ich bin es nicht, und das führt mich zum Wesen der Kritik im allgemeinen.

Angeblich war ja Gotthold Ephraim Lessing der erste Theaterkritiker.

### Schrift-Steller

Daran zeigt sich, dass man als Kritiker vor allem eines beherrschen sollte: das Schreiben. Klingt so selbstverständlich, wird aber nicht immer angewendet. Die meisten schreiben zunächst „selber“ etwas. Was sie oft nicht können. Aber schließlich wird meistens ja doch die Spreu vom Weizen getrennt.

Mein leider längst verstorbener Freund Hans Weigel war ein Sprachen- und Sprachgenie. Sein Buch „Die Leiden der jungen Wörter“, zu dem ich einen Anhang schreiben dürfte, wäre heutzutage angesichts der vielen Unwörter ein Wälzer. Und er schrieb zunächst vieles fürs Kabarett, dann aber auch Ernsthaftes, verstand was von dem Metier Theater einschließlich Musik, und

widmete sich schließlich dem Verfassen von Kritiken. Vielen ist er noch dadurch bekannt, dass er von Käthe Dorsch für eine seiner Rezensionen auf offener Straße eine Watschn bekommen hat. Die hat er sich nicht verdient, aber man sieht daran, dass nicht nur das Publikum, sondern auch die Darsteller Kritiken lesen und sich oft danach orientieren.

### Selbstkritik gefragt

Verrisse sollten Seltenheitscharakter haben, Lobeshymnen jedoch auch. Der potentielle Zuschauer soll sich ein Bild machen können. Und zwar vom kritisierten Stück,

nicht vom Kritiker. Ist Letzteres der Fall, handelt es sich um Selbstdarsteller, deren es ja nicht wenige gibt, ich denke da an Herrn Löbl, der beispielsweise den Willi Boskovsky als Dirigenten der Neujahrskonzerte nicht genug

heruntermachen konnte, wer weiß warum.

Dass die Kritik bei allem Bemühen subjektiv ist und bleibt, muss jedem klar sein. Drum ist die Frage, ob sie für den Besuch einer Theateraufführung ausschlaggebend ist, müßig. Orientierung aber ist sie allemal.

Ich freu mich also schon jetzt darauf, bald wieder nach dem Corona-Wahnsinn Kritiken schreiben zu dürfen. Bis dahin schreib ich Gedichte.

Zum Beispiel das:

*Es gibt jetzt Leut, de si in Massen  
min Handy scho begraben lassen.  
I kanns verstehn, i siech des ein,  
ma muaf ja stets erreichbar sein.  
Blast beispielsweise  
zum Jüngstn Gricht  
a Aufruf, und ma hört des nicht,  
wär ma vielleicht ned pünktlich duat.  
Naa naa, a Handy is scho guad.*

Herbert Pirker



Gelungenes Generationen-Projekt in Eferding: Die RFJ-Mitglieder des Bezirkes erledigten für ältere Menschen die Einkäufe.

## Generationen-Projekt: Corona-Einkaufshilfe

Seit dem „Lockdown“ Mitte März bietet die Freiheitliche Jugend aus dem Bezirk Eferding eine Einkaufshilfe für Risikogruppen und alle Menschen, die Hilfe benötigen, an.

„Uns war vom ersten Moment an klar, dass wir jene Menschen, die besonders gefährdet sind, unterstützen und gleichzeitig schützen

wollen“, betont der Bezirksjugendobmann und geschäftsführende Landesjugendobmann Silvio Hemmelmayr.

Innerhalb eines Tages ist es gelungen, die Einkaufshilfe in allen Gemeinden im Bezirk durch die FJ-Mitglieder sicherzustellen. Hemmelmayr: „Mein Dank gilt daher der gesamten Mannschaft.“

### Lotto Bonus-Ziehung: 1 Million extra am Freitag, den 19. Juni

Zum zweiten Mal findet eine Lotto Ziehung an einem Freitag statt – wieder mit Silvia Schneider und Norbert Oberhauser als Moderationsduo

Um die sechs Richtigen bei Lotto geht es jeden Mittwoch und Sonntag – das war und bleibt so. Manchmal sind aller guten Dinge aber wirklich drei, und so gibt es Mitte Juni drei Lotto Ziehungen in einer Woche. Am 13. März wurde der Ziehungsrichter erstmals an einem Freitagabend für eine Bonus-Ziehung angeworfen. Und wegen der großen Akzeptanz durch die Spielteilnehmer folgt am Freitag, den 19. Juni ein Da Capo für die Lotto Bonus-Ziehung. Da die Lotto Bonus-Ziehung eine komplette Spielrunde ist, erfolgen gleichzeitig auch die Ziehungen von LottoPlus und von Joker. Auch für TopTipp ist das Ziehungsergebnis vom 19. Juni maßgeblich. Und es gelten auch die gleichen Jackpot-Regeln: So würde ein Jackpot nach der Mittwochziehung durch die Lotto Bonus-Ziehung zum Doppeljackpot werden, falls der richtige Sechser nicht getippt wird.



**Millionenschwerer Bonus**  
Was die Lotto Bonus-Ziehung hingegen von einer regulären Spielrunde unterscheidet, ist die „Millionärs-Garantie“: Unter allen bei der Ziehung teilnehmenden Tipps wird 1 Million Euro extra verlost. Die Quittungsnummer des Gewinnscheins wird Freitagabend im Anschluss an die Bonus-Ziehung ermittelt. Besonders an der zusätzlichen Lotto Ziehung ist auch die Präsentation durch ein Moderationsduo. Wobei hier der Leitsatz „Never change a winning team“ gilt: Silvia Schneider und Norbert Oberhauser werden nach ihrem souveränen Auftritt bei der Premiere im März auch die Lotto Bonus-Ziehung am 19. Juni moderieren. Annahmeschluss für die Bonus-Ziehung ist am Freitag, den 19. Juni um 18.30 Uhr, die Ziehung ist um 18.47 Uhr live in ORF 2 zu sehen.

### Viel einzustreifen: Mega Brieflos „Zebra“

Mit 500.000 Euro Hauptgewinn und zusätzlicher Gewinnstufe „BONUSRAD“



Ein Stück Afrika für die Geldbörse - mit dem neuen Mega Brieflos „Zebra“ kann man mit etwas Glück das große Geld einstreifen. Schließlich hat man damit die Chance auf 500.000 Euro Hauptgewinn und viele weitere Gewinne. Der Aufdruck „BONUSRAD“ auf dem Gewinnabschnitt des Briefloses prolongiert die Spannung und eröffnet in jeder Annahmestelle in ganz Österreich die Chance auf einen Sofortgewinn. Und so geht's: Das Brieflos wird vor Ort eingescannt und das virtuelle „BONUSRAD“ beginnt sich auf dem Kundenbildschirm zu drehen und kommt auf einem von neun Gewinnfeldern zu stehen. Der Hauptgewinn bei Brieflos beträgt 10 Euro, beim Super Brieflos 30 Euro und beim Mega Brieflos 100 Euro. „Zebra“ ist zum Preis von 3 Euro erhältlich.

# FPO



Herbert Kickl  
Klubobmann

Dr. Manfred Haimbuchner  
Landeshauptmann-Stv.

## EINLADUNG

### KUNDGEBUNG DER FPÖ-INNVIERTEL MIT **HERBERT KICKL & MANFRED HAIMBUCHNER**

**SAMSTAG** GH Danzer  
**20** Höhnharter Str. 19  
**JUNI** 5252 Aspach  
18:00 Uhr

*Wir freuen uns  
auf eure Teilnahme!*

**KOMM HIN UND  
INFORMIERE DICH!**



## Politische Bildung aktuell

Partei  Parlament  Publikationen  Seminare  Veranstaltungen

### Die Organisation der FPÖ - ein Überblick

In unserer neuen Serie beleuchten wir jede Woche die inneren Strukturen der im Jahr 1956 gegründeten Partei. Im Detail betrachten wir die Bundespartei, die neun Landesparteien, die politischen Vorfelder sowie die FPÖ als Teil der Gesetzgebung in Österreich.

### Die FPÖ im Präsidium des Nationalrates

Neben 30 Nationalratsabgeordneten und 14 Bundesräten stellt die FPÖ aktuell den Dritten Präsidenten des Nationalrates. Dieser ist als Abgeordneter zum Nationalrat gleichzeitig Mitglied des Freiheitlichen Parlamentsklubs. Mit Ausnahme der Jahre 2006 bis 2008 kam darüber hinaus seit 1983 immer einer der drei Nationalratspräsidenten aus den Reihen der FPÖ.

Am Beginn einer Gesetzgebungsperiode wählt der Nationalrat – der gemeinsam mit dem Bundesrat für die Gesetzgebung des Bundes zuständig ist – aus seiner Mitte den Präsidenten, den Zweiten Präsidenten und den Dritten Präsidenten. Diese bilden das Präsidium des Nationalrates. Der Präsident leitet die Geschäfte des Nationalrates, vertritt den Nationalrat nach außen, beruft ihn zu Sitzungen ein und führt mit den anderen beiden Präsidenten abwechselnd den Vorsitz in den Nationalratssitzungen. Politische Praxis in der Zweiten Republik war bisher, dass die drei Parteien, die im Nationalrat am stärksten vertreten sind, Vorschläge für die Beset-

zung der Präsidentinnen oder Präsidenten machen. Meist folgt das Plenum bei der Wahl diesen Vorschlägen.

Erstmals seit 1945 konnte die FPÖ das Amt des Dritten Nationalratspräsidenten im Jahr 1983 mit Gerulf Stix besetzen. In den Jahren 1999 bis 2002 stellte die FPÖ zudem mit Thomas Prinzhorn bisher das einzige Mal den Zweiten Präsidenten des Nationalrates. Als Kollegium sind die drei Präsidenten des Nationalrates zur Vertretung des Bundespräsidenten sowohl im Falle einer längeren Verhinderung des Staatsoberhauptes als auch bei dessen

Tod oder Absetzung berufen. Somit haben die Präsidenten des Nationalrates formal die zweit-höchste Stellung in der Republik.



**Norbert Hofer**  
Dritter Präsident des  
Nationalrates

FBI: Im Auftrag der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit.

[fbi-politikschule.at](http://fbi-politikschule.at)